

Zschopauer Tageblatt

und Anzeiger



Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger erscheint wöchentlich, Sonntagsausgabe 1.70 RM. Zusätzl. 50 Pfg. Bestellungen werden in unv. Geldempf. von den Postämtern in allen Postämtern angenommen.

Anzeigenpreise: 40 46 mm breite Zeilen 1 Pfg. die 50 mm breite Zeilen 2 Pfg. 25 Pfg. Nachzahlung E. Ziffern und Nachzahlgebühr 25 Pfg. zugl. Porto

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau und des Stadtrats zu Zschopau beiderseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau - Bankstr. 1: Ergebungsstelle Handwerksamt S. G. m. B. Zschopau. Gemeindegeldkonto: Zschopau Nr. 1; Postkonten: Leipzig Nr. 43884 - Hauptstr. Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krumbüchel, Waldhufen, Börschen, Söhrdorf, Wilketal, Weißbach, Dittendorf, Wernau, Dittmannsdorf, Wilsdorf, Scharfstein, Schöben, Söhrsdorf

Nr. 118

Sonnabend, den 21. Mai 1938

106. Jahrgang

Schwere Uebergriffe tschechischer Gendarmen

Mit Schusswaffen und blankem Säbel gegen Sudetendeutsche

In der sudetendeutschen Industriestadt Chodau bei Karlsbad kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Gendarmen und der deutschen Bevölkerung. Tschechische Gendarmen aus Chodau hatten zwei junge deutsche Turner verhaftet, weil sie deutsche Heimatlieder gesungen hätten. Eine Abordnung der deutschen Einwohnerschaft von Chodau erschien morgens beim Gendarmereilekommando, um die Freilassung der beiden Turner zu erwirken. Die Abordnung wurde von den Gendarmen in brutaler Art zurückgewiesen, bedroht und zum Verlassen des Gebäudes gezwungen.

Der Bevölkerung von Chodau bemächtigte sich daraufhin eine ungeheure Erregung. Die tschechische Gendarmerie, die die Kerzen völlig verloren hatte, ging mit Schusswaffen und gezogenem Säbel gegen deutsche Straßenspassanten vor. Als ein Gendarm auf die Straßenspassanten zu schießen begann und auch die anderen Gendarmen ihre Gewehre und Revolver schußbereit machten, erreichte die Erregung ihren Höhepunkt. Die Kaufleute von Chodau schlossen sofort ihre Geschäfte und ließen die Rolläden herunter. In den Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, und es sammelten sich große Gruppen empörter Einwohner in den Straßen der rein deutschen Stadt.

Die Tatsache von der Terrorisierung der Einwohner von Chodau durch tschechische Gendarmen löste auch in den Nachbarorten Neusattel und Falkenau große Empörung aus. Die Bevölkerung schloß sich ebenfalls der Aktion der deutschen Einwohnerschaft von Chodau an und legte die Arbeit nieder. Den Amtswaltern und Ordnern der Sudetendeutschen Partei gelang es schließlich, durch Appelle an die sprichwörtliche Disziplin der Sudetendeutschen, die Menge zu beruhigen und zur Räumung der Straßen zu veranlassen, auf denen in den späten Abendstunden immer noch tschechische Gendarme mit schußbereiten Gewehren patrouillieren.

Tschechische Soldaten überfallen Deutsche

Über 100 Verletzte durch Bajonettschläge

Am Freitag berief der Bezirkshauptmann von Komotau in Nordböhmen die Spitzen der Sicherheitsbehörden und den Abgeordneten Remeš der Sudetendeutschen Partei in sein Amt, um angesichts der kritischen Stimmung unter der Bevölkerung alle Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen.

Bis 20.30 Uhr war alles vollkommen ruhig. Plötzlich bemerkte man, wie aus den Seitengassen zahlreiches dienstfreies Militär auf den Marktplatz strömte. Wie auf ein Kommando stürzten sich plötzlich die Soldaten, ohne daß jemand von der deutschen Bevölkerung auch nur den geringsten Anlaß gegeben hätte, auf die Absperrung und ließen mit den Säbeln und Bajonetten auf sie ein. Die Deutschen wandten sich an die zahlreich patrouillierende Staatspolizei um Hilfe.

Unter dem Kommando eines Zugführers ließen inzwischen die Soldaten weiter auf die Bevölkerung ein. Abgeordneter Remeš, der sofort gerufen wurde, ersuchte die Staatspolizei, nachdem fast nurmehr Soldaten auf dem Marktplatz waren, um Festhaltung des Zugführers und seiner Komplizen. Trotzdem sah die Polizei zu, ohne einzuschreiten, als sich die Soldaten gegen den Abgeordneten Remeš wandten und ihn tätlich angingen. Zahlreiche Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt und in das Krankenhaus, das Sanatorium und in die Jahn-Turnhalle gebracht.

Schließlich erschien ein großes Gendarmereiaufgebot, das unter dem Kommando eines energisch eingreifenden Majors die Soldaten in die Kasernen trieb. Zur Stunde werden sie dort zurückgehalten. Abgeordneter Remeš hat an den Prager Inneminister eine Drahtnachricht gerichtet, in der er den Vorgang und die grundlosen Uebergriffe auf die Bevölkerung durch Militärfunktionen schildert und die sofortige Kasernierung des Militärs fordert.

Im ganzen dürften etwa hundert Personen mehr oder minder schwer verletzt sein. In der Jahn-Turnhalle sind mehrere durch Bajonettschläge Verletzte untergebracht. Ihre Verletzungen werden protokollarisch festgehalten.

Auch in Brünn kam es am Freitag wieder zu Demonstrationen gegen das Sudetendeutschtum. Tschechische nationalistische Studenten versuchten im Laufe des Tages mehrfach, gegen das in weitem Umkreis abgeperrte „Deutsche Haus“ vorzugehen, wurden aber von einem starken Gendarmereiaufgebot zurückgehalten. Polizei mit ausgesetztem Seitengewehr hat vor dem „Deutschen Haus“ eine Absperrungswache bezogen.

Menschenjagd auf Deutsche!

Feststellungen der Sudetendeutschen Partei

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: „Auf Grund der heute eingelaufenen Nachrichten über die antisudetendeutschen Ausschreitungen in Prag, Brünn und einer Reihe sudetendeutscher Städte ist heute vormittag der Politische Ausschuss der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten.

Die Vertreter der Organisationsgliederungen der Sudetendeutschen Partei berichteten über die Lage im sudetendeutschen Siedlungsgebiet. Die Zusammenfassung der Berichte ergibt, daß Sozialisten und Kommunisten und tschechische Elemente sich verbünden und das Sudetendeutschtum auf das unerhörteste provozieren und angreifen, so daß selbst Sicherheit und Leben des einzelnen Sudetendeutschen gefährdet sind. Im besonderen wurde Bericht erstattet über die Vorfälle nach den Wahlversammlungen der Sudetendeutschen Partei in Prag und Brünn.

Es wurden Protokolle vorgelegt, die beweisen, daß eine ungeheure Menge in Prag und Brünn geradezu eine Menschenjagd auf Deutsche veranstalteten, daß die Sicherheitsorgane ihre Pflicht nicht erfüllt haben und es selbst parlamentarischen Vertretern unmöglich gemacht wurde, sich der Angefallenen anzuschließen. Ungehindert kann die Wahlpropaganda der Tschechen, marxistischen und kommunistischen Partei mit Hepparolen gegen das Deutschtum, gegen die Sudetendeutsche Partei und Konrad Henlein aglieren. Unterstützt wird diese Agitation nahezu von der gesamten tschechischen Presse, während es sudetendeutschen Zeitungen von der Zensur unmöglich gemacht wird, Darstellungen über die Vorfälle und das Vorgehen der Sicherheitsorgane zu veröffentlichen und den wahren Sachverhalt aufzuzeigen.

Der Politische Ausschuss stellt fest, daß bereits nach den ersten Vorfällen der Ministerpräsident Dr. Hodža von einer parlamentarischen Abordnung der Sudeten-

deutschen Partei schriftlich und mündlich auf den Ernst der Lage und die gefährlichen Folgen einer planmäßigen Wählerarbeit gegen das Sudetendeutschtum aufmerksam gemacht wurde. Ueberdies sind die vor Monaten mit Ministerpräsident Dr. Hodža geführten Verhandlungen über die Voraussetzung eingeleitet worden, daß seitens der Regierung der staatlichen Behörden Maßnahmen ergriffen werden, die

1. die volle staatsbürgerliche Freiheit des Sudetendeutschtums garantieren, und
2. einen Zustand herbeiführen, der es ermöglicht, daß die sudetendeutschen Abordnungen als Gleiche unter Gleichen die Verhandlungen beginnen.

Demgegenüber stellt der Politische Ausschuss fest, daß Regierung und Behörden diese Voraussetzungen nicht geschaffen haben. Er hat daher beschlossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Hodža mitzuteilen, daß die Sudetendeutsche Partei nicht in der Lage wäre, die Besprechungen über das Nationalitätenstatut der Regierung aufzunehmen, solange nicht die Ruhe und Ordnung im sudetendeutschen Gebiet und überall die primitivsten verfassungsmäßigen Rechte der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit des Sudetendeutschiums garantiert sind.

Alle Organisationsstellen, Amtswalter und Mitglieder der Sudetendeutschen Partei werden nochmals nachdrücklich aufgefordert, unbedingt Koalitionsfreiheit zu bewahren. Der Politische Ausschuss hält sich für verpflichtet, die verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß die Parteiführung nicht in der Lage ist, den einzelnen sudetendeutschen Volksgenossen abzuhalten, von dem Recht aufROWehr Gebrauch zu machen, falls den gegen das Sudeten-

Prag trägt die Verantwortung

Die öffentliche Weltmeinung ist seit Wochen schon über die Zustände in der Tschechoslowakei, deren Terrorpolitik gegen die Minderheiten unhaltbar geworden war, orientiert worden. Die Prager Regierung wußte es auch, daß in der Welt, besonders in England, ihre Nationalitätenpolitik nicht mehr verstanden, ja sogar scharf mißbilligt wurde, und es hatte den Anschein, als ob die Prager Regierung, die ein Nationalitätenstatut daraufhin ausgearbeitet hat, zur Einsicht und Vernunft gekommen und zum Einlenken bereit sei.

Die neuen unglaublichen Zwischenfälle in den sudetendeutschen Städten lenken nun die Weltmeinung erneut auf den europäischen Gefahrenherd Tschechoslowakei, wo die staatlichen Sicherheitsorgane versagen, wenn es gilt, die deutsche Bevölkerung vor dem tschechischen Terror zu schützen, und wo beispielsweise in Prag und Brünn geradezu Menschenjagden auf Deutsche veranstaltet werden können. Durch Terror und offensichtliche Provokationen werden die tschechischen Machthaber in Prag nie eine Verständigung vor dem tschechischen Terror zu schlingen, und wo beispielsweise in Prag und Brünn geradezu Menschenjagden auf Deutsche veranstaltet werden können.

Mit Terror und Deutschenverfolgungen, das möge sich die Prager Regierung ernstlich gefast sein lassen, kann man keine Staatsautorität markieren! Es ist unerhört, wenn die tschechischen Polizeigewalten einseitig gegen die Deutschen Partei ergreifen, anstatt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Man wird damit auch nicht den Bestmächten den Eindruck von einem starken Staatswesen verschaffen, was vielleicht der hinterhältige Grund der neuen provokierten Zwischenfälle sein dürfte. Auch dürften derartige brutale Methoden in dem stattfindenden Wahlkampf die Sudetendeutschen kaum einschüchtern, die trotz brutaler Unterdrückung mehr als zwanzig Jahre gegenüber dem tschechischen Terror sich haben behaupten können.

Auf jeden Fall aber trägt die Prager Regierung die schwere Verantwortung für die ungeheuerlichen Zwischenfälle in ihrem Lande vor aller Welt. Die Welt wird trotz der Prager Mandate erkennen, daß Prags Arm nicht so weit reicht, wie es die tschechischen Politiker glauben, und die Welt muß trotz der geräumten Versuche der Prager Regierung, den Sudetendeutschen etwas am Zeuge zu flicken, erkennen, wer die Schuld an den neuen Zwischenfällen trägt, weil die Welt schon seit langem über das wahre Gesicht der Prager Regierung orientiert ist. Das ist keine Autorität eines Staates, in dessen Grenzen die Minderheiten, die durch Verträge seinem Schutze anvertraut sind, so gut wie vogelfrei sind. Die Prager Regierung hat eine sehr ernste Verantwortung auf sich geladen. Es ist jetzt ihre Sache, wie sie wieder für politische Sauberkeit in ihrem Staate sorgen will.

Die Welt schaut auf die Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei ist seit langem ein Unruheherd in Europa. Die Welt hat aber ein großes Interesse daran, daß endlich in der Tschechoslowakei geordnete Verhältnisse eintreten, und daß die Tschechoslowakei aufhört, eine Bedrohung für den europäischen Frieden darzustellen.

tendentsium gerichteten Provokationen kein Ende gesetzt wird.“

Ein Schritt sudetendeutscher Abgeordneter beim Landeshauptmann Dr. Cerny

Landesausschusmitglied Dr. Hubert Preislich und die Prager Abgeordneten und Senatoren der Sud. haben beim Landeshauptmann Dr. Cerny vorgesprochen und darauf hingewiesen, daß erheblicher Schaden der deutschen Gebäude in Brünn, vor allen Dingen des Deutschen Hauses, der Deutschen Technischen Hochschule und des Deutschen Theaters nötig ist, weil sich bei den Kundgebungen Donnerstag abend gezeigt hat, daß die Staatspolizei und auch die aufgebotene Gendarmerie zu schwach war, um ein Durchbrechen ihrer Cordons und den Sturm auf das Deutsche Haus zu verhindern.